

AfD kann kein politischer Partner sein

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Diese unverrückbare Grundkonstante unseres Grundgesetzes geht nicht nur jeglichem positiven Recht voraus. Sie ist zugleich Auftrag an alle demokratischen Kräfte, im politischen Wirken die unveräußerlichen Rechte eines jeden Menschen zu achten und zu schützen.

Dazu gehören alle Aspekte menschlicher Existenz. Die Würde eines Menschen bedeutet nicht nur, das Leben jedes Menschen zu schützen. Es bedeutet auch, die verfassungsgemäßen Freiheitsrechte und die Person in ihrer menschlichen Würde zu achten.

Derzeit müssen wir jedoch feststellen, dass im Internet und in den sozialen Medien in einer neuen Qualität und Quantität Hass und Ausgrenzung propagiert wird. Persönliche, ehrabschneidende Äußerungen, Religionsfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus – auch verbunden mit Drohungen gegen Leib und Leben – vergiften das gesellschaftliche Klima zusehends, senken die Hemmschwelle immer weiter und tragen zu einer verbalen und letztlich auch tätlichen Verrohung im Umgang mit Andersdenkenden bei. Allzu oft ist dies mittlerweile der Nährboden für extreme rechte Gewalt bis hin zu Rechtsterrorismus. Führende Repräsentanten der AfD und nicht wenige ihrer Mitglieder beteiligen sich bewusst an dieser rechten Hetze und ebnen damit den Weg für Gewalttaten.

Als Christdemokraten sind wir aus Verantwortung vor unserem Grundgesetz wie auch vor unserem christlichen Menschenbild in der Pflicht, diesem rechten Extremismus mit Haltung entgegenzutreten und uns für unsere demokratische Grundordnung einzusetzen. Dazu gehört ohne Wenn und Aber, dass es in der CDU Baden-Württemberg und allen ihren Gremien und Gliederungen weder eine Zusammenarbeit noch jegliche Art des Zusammenwirkens mit der AfD und ihren geistigen Brandstiftern und Biedermännern geben kann. Ebenso schließen wir jede Art der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens mit der Partei „DIE LINKE“ aus. Teile dieser Partei waren und sind linksextremistisch, stellen die Grundordnung der Bundesrepublik in Frage und pflegen ein unkritisches Verhältnis zu ihrer Vorgängerpartei SED. Für uns ist klar: die Zugehörigkeit zu NATO und EU sind Grundpfeiler für Sicherheit, Frieden und Wohlstand unseres Landes. Wer dies in Frage stellt oder gar ein Ausscheiden anstrebt, kann kein politischer Partner für uns sein.

Die CDU Baden-Württemberg wird alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, diese Haltung innerhalb des Landesverbandes und seiner Gremien und Gliederungen durchzusetzen.